

erschließt wöchentlich zweimal mit Illustr. Sportblatt. Wochr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Wochenpiegel“, „Kunstpfeil“, „Technische Rundschau“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „Lila“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentlich 1,20, monatlich 3,20, einschließlich Zustellung durch die Postanstalt in Ostpreußen, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Strafs haben unsere Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition in SW 100, Rudolf-Moos-Haus und den ebenfalls angeführten Filialen. (Fernspr.: Dohoff 3460-3468, für d. Fernverkehr 4207-4209) Telagr. Adr.: „Berlita“, Berlin—Rudolf-Moos-Codex. Postcheckkonto: Berlin Nr. 524. Anzeigenpreis: Die 100sp. Zeile 1,38 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.



Einzelnummern- und Abonnementsannahme in Berlin: Haupt-Expedition SW 100, Rudolf-Moos-Haus, Jerusalemstr. 49-51; Filialen: Berlita 61; Bismarckstr. 60; Fennstr. 1; Filialstr. 9; Frankfurter Allee 288 u. 340; Greifswalder Str. 107; Gr. Frankf. Str. 89; Kochhausstr. 9; Königstr. 19; Köpenicker Str. 67/68; Marzlikstr. 135; Potsdamer Str. 33; Rathenower Str. 3; Reinhardtstr. 3; Rosenhaldener Str. 48; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Turmstr. 61; Wietzer Str. 14; Zimmerstr. 30; Charlottenburg: Kaiserdom 20; Kantstr. 34; Nubergstr. 23/26; Schatzstr. 30; Tauentzienstr. 24; Coppenhagen 1; Friedmann-Platz 19; Hallesches-Ufer 1; Lehmann-Platz; Lichtentanzweg; Kaiser-Friedrich-Str. 248; Niederschönowerweg; Brückenstr. 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmaragdstr. 61; Weissenhofstr. 3; Schöneberg: Hauptstr. 26/24; Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schlossstr. 32; Tegeler: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Trostow: Große Strasse 61; Weissenhofstr. 3; Prenzlauer Berg: Hauptstr. 4; Bredow: Schwedensdamm Str. 5; Frankfurter Allee 4; Oder: Regierungstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31; Druck und Verlag: Rudolf-Moos in Berlin.

Berliner Tageblatt

58. Jahrgang * Nr. 388

und Handels-Zeitung

Sonntag, 18. August 1929

Was Poincaré dem ehemaligen Schatzkanzler Churchill versichert hat.

Erklärungen Snowdens.

„Englands Prestige steht auf dem Spiel.“

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten Günter Stein.

s. HAAG, 17. August.

Snowden, der heute die englische Presse selbst informierte, soll unter anderem folgende Äußerungen getan haben: Poincaré habe Churchill vor dem Beginn der Sachverständigen-Verhandlungen die Versicherung gegeben, dass Frankreich nicht die Absicht habe, irgendwelche besonderen Vorteile bei der neuen Reparationsregelung herauszuschlagen. Daran müsse England sich halten. Er verfolge nicht einzusehen, warum der Young-Plan, den auch England in seinen Grundzügen keineswegs ändern wolle, nicht noch einmal von den Sachverständigen durchgearbeitet werden könne, um einen Ausgleich für die ungerechte Behandlung zu schaffen. Das Prestige Englands stehe auf dem Spiel, und man müsse England in den internationalen Besprechungen den Platz zurückerobern, der seiner Stellung entspreche und den es in den letzten Jahren der Schwäche verloren habe. Snowden verlange auch wieder eine Mehrzahlung von jährlich 48 Millionen Reichsmark, wovon, wie er sagte, 40 Millionen über die eigenen Schuldentilgungen Englands an Amerika hinaus als wirkliche Reparation für das englische Budget verbleiben würden.

In einer englischen Pressekonferenz, die heute vormittag stattfand, wurde folgende Mitteilung ausgegeben: Der belgische Ministerpräsident Jaspars überreichte dem englischen Schatzkanzler Snowden die Antwort der vier Gläubigermächte auf die

von ihm gestellten Forderungen. Snowden bezeichnete diese Antwort als völlig unbefriedigend und erklärte, dass, falls sie das letzte Wort der vier Mächte darstelle, die Fortführung der Verhandlungen nicht in Frage kommen könne, da die gemachten Vorschläge

lächerlich und unannehmbar

seien. Jaspars erwiderte darauf, dass es sich noch nicht um das letzte Wort der vier Mächte handle, und dass diese bereit seien, die Verhandlungen auf der Basis der britischen Antwort fortzuführen, die sie letzte Nacht erhalten haben. Es ist unrichtig, dass die Zugeständnisse der vier Mächte 80 Prozent der englischen Forderungen erfüllen. Die Zugeständnisse belaufen sich höchstens auf 20 Prozent und bedeuten keine Konzessionen oder Opfer der vier Mächte. Unwahr ist die Unterstellung, dass sich Snowden unannehmbar geäußert und es abgelehnt habe, vernünftige Vorschläge anzuhören. Die Tatsache, dass er der Vertagung der Sitzung des Finanzkomitees zugestimmt hat, zeigt, dass er bereit ist, den Mächten reichlich Zeit zur Überlegung zu lassen. Es würde nach seiner Ansicht geradezu verbrochenerisch sein, die Verhandlungen zu beenden, solange noch irgendwelche Hoffnung auf Erzielung eines brauchbaren Ergebnisses besteht.

HAAG, 17. August. (W. T. B.)

Zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und dem französischen Handelsminister Loucheur fanden heute umfangreiche Besprechungen über die finanziellen Fragen der Konferenz statt. Der italienische Delegierte Pirelli hat sich heute vom Haag nach Rom begeben, um dort dem Ministerpräsidenten Mussolini in der Frage der England zu machenden Konzessionen und über den Stand der Konferenz Vortrag zu halten. Er wird am Montag abend zurück erwartet.

s. FRIEDRICHSHAFEN, 17. August. (Privat-Telegramm.) Nach dem letzten Bordtelegramm des „Graf Zeppelin“ an die Werft in Friedrichshafen befand sich das Luftschiff um 13 Uhr 52 Minuten 64 Grad Nordbreite und 110 Grad Ostlänge. (Näheres 1. Beiblatt, Seite 3.)

ZEPPELIN IN GUTER FAHRT.

Die Antwort der vier Mächte an den englischen Schatzkanzler.

NEUES ANGEBOT?

(Telegramm unseres Pariser Bureaus)

PARIS, 17. August.

Der „Temps“ schreibt, in der Note Snowdens, die acht Seiten lang sei, werde Punkt für Punkt der Inhalt der Note der vier Mächte zurückgewiesen. Die vier Delegationen würden heute ihre Sachverständigen beauftragen, die Antwort auf die englische Note vorzubereiten, die heute nachmittag im Laufe einer Besprechung der vier Delegierten geprüft und heute abend Snowden übergeben werde. Die Antwort werde sich darauf beschränken, gewisse Ausdeutungen zu geben oder in dem englischen Dokument enthaltenen Ziffern richtigzustellen.

In übrigen berichten die Nachmittagszeitungen aus dem Haag nichts wesentlich Neues. „Intransigent“ glaubt die Lage in folgendem, erfundenem Dialog charakterisieren zu können: „Sie wollen also, Herr Snowden, die Konferenz und die Sache des Friedens an 600 000 Pfund Sterling scheitern lassen?“ Worauf Snowden erwidert: „Wenn euch diese Summe so unwichtig erscheint, warum zögert ihr selbst, dieses Opfer zu bringen?“ Das Blatt meint dazu, es gehe jetzt nicht nur um Pfunde, sondern um das Prinzip. Heute verlange der englische Schatzkanzler ein materielles Zugeständnis, morgen werde er die sofortige und

bedingungslose Räumung des Rheinlandes fordern und dann die Wahl Londons als Sitz der Reparationsbank. An Tatsächlichem ist dem Bericht des „Intransigent“ folgendes zu entnehmen: Loucheur hat dem Berichterstatter dieser Zeitung heute früh gesagt: „Die englische Antwort ist negativ, aber in verschiedenen Punkten

fordert sie eine Antwort der französischen Delegierten heraus, lässt also die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen.

Wir wollen die Lage klarstellen und haben bereits begonnen, das Schema der Antwort auszuarbeiten.“

Ueber die gestrige Unterhaltung Briands mit Stresemann gibt der gleiche Korrespondent unter Vorbehalt wieder, was er in deutschen Konferenzkreisen gehört hat. Briand soll Stresemann gefragt haben, ob es nicht möglich sei, von Deutschland eine Erhöhung seiner Zahlungen gegen die sofortige Räumung der dritten Zone zu erhalten. Dieser Anregung Briands soll Stresemann keine Folge gegeben haben. Das Blatt bemerkt dann weiter, Snowden sage in seiner Antwort: „Es ist erstaunlich, dass die Italiener, die in Paris unermessliche Vorteile erhalten haben, auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen wollten.“ Dieser Vorwurf habe den italienischen Delegierten zu einer Reise nach Rom veranlasst.

Der Bauer im Staat.

Von

Reichsernährungsminister Hermann Dietrich.

Diejenigen, welche eine historische Epoche miterleben, werden meist nicht in der Lage sein, auch bei sorgfältiger Betrachtung der Ereignisse den Gang der Entwicklung richtig zu sehen und zu verstehen. Das gilt besonders dann, wenn es sich um bewegte Zeiten handelt, wie sie der Weltkrieg und der Zusammenbruch zahlreicher Staaten nach demselben mit sich gebracht hat. Es ist deswegen dem deutschen Staatsbürger nicht besonders zu verargen, wenn er die grossen Linien der Geschichte des letzten Jahrzehnts in dem Wirrwarr des Geschehens nicht scharf erkennt. Aber zwei Dinge stehen als Ergebnis fest; das eine ist die Tatsache, dass das Kernstück des grossen deutschen Volkes in einem Staat, der heute wieder als Grossmacht anerkannt ist, zusammenblieb, und das andere, dass dieser Zusammenhalt dadurch möglich war, dass aus dem Schutt des Krieges und der Revolution die deutsche Republik auf dem Boden der Weimarer Verfassung entstand. Ein Hauptgrund, vielleicht der entscheidende dafür, dass dieses Werk gelang, ist darin zu suchen, dass die grösste Schicht des deutschen Volkes, die Arbeiterschaft, wie sie in ihrer Hauptmasse in der Sozialdemokratischen Partei organisiert ist, den neuen Staat bejaht und sich führend an seinem Aufbau beteiligt hat.

Damit erst ist der Arbeiter zu einem wahren Bürger des deutschen Reiches geworden, und es ist nur konsequent, wenn die Arbeiterschaft unsern neuen Staat als ihren Staat in Anspruch nimmt. Die Frage aber, wie weit sie diesen Anspruch durchsetzen und den heutigen Staat beherrschen kann, hängt davon ab, wie die anderen breiten Schichten — das sind die Bürger und die Bauern in allen ihren Schattierungen — sich zum heutigen Staat stellen. Gewiss haben beide Gruppen in ihrer überwiegenden Mehrheit in den Jahren 1918/19 instinktiv die Gefahr erkannt, die ihnen aus dem Zusammenbruch drohte. Sobald aber das Schlimmste vorüber und mit der Weimarer Verfassung die Grundlage eines neuen Staates gelegt war, wandten grosse Teile dieser Schichten sich vom Staate ab, stellten sich ablehnend und kritisierend beiseite oder verlangten gar, dass man diesen Staat zerschlage und einen neuen an seine Stelle setze. Mit der letzteren Ansicht setzen wir uns nicht auseinander, weil eine ernstliche Gefahr, dass jemand die deutsche Republik umstürzen könnte, nicht besteht. Wir befassen uns mit den zwar nicht revolutionär, aber negierend eingestellten Elementen. Der Standpunkt dieser, die sich in einer zwecklosen Kritik erschöpfen, ohne zu begreifen, dass in einer demokratischen Republik jeder berufen ist, positiv am Staate mitzuarbeiten, ist geistlos und unnational zugleich.

Wer keine politische Einstellung zu dem Staate seines Volkes findet, kann naturgemäss auch keinen Weg finden, diesem Staate und damit seinem Volke zu helfen und ihm zu dienen; und nur eine solche positive Mitwirkung kann als nationale Arbeit bezeichnet werden. In dieser Frage sieht es besonders schlimm in der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus, und wenn auch einzelne kleinere Gruppen, wie die Deutsche Bauernschaft, und gewisse bäuerliche Wählermassen innerhalb der in der Mitte stehenden bürgerlichen Parteien die Republik anerkennen, so ist doch die Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung dem heutigen Staate desto feindlicher gesinnt. Es ist dies um so weniger verständlich, als gerade in letzter Zeit weite Schichten der konsumierenden Bevölkerung die Notlage der Landwirtschaft begriffen und daran mitgewirkt haben, Massnahmen zu ihrer Behebung zu ergreifen. Das Ergebnis jenes feindseligen Verhaltens ist nun das, dass der politische Einfluss der bäuerlichen Schichten, die immer noch ein Viertel bis ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen, zurzeit gleich null ist. Die Frage, ob dieser Zustand geändert werden und ob der Einfluss der landwirtschaftlichen Bevölkerung in dem Umfang, den die Bedeutung der Landwirtschaft erfordert, wiederhergestellt werden kann, hängt davon ab, ob und inwieweit die landwirtschaftliche Bevölkerung den Weg zum heutigen Staate findet.